Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6731**

16. Wahlperiode 17. 10. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Günter Krings, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Steffen Kampeter, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Monika Griefahn, Siegmund Ehrmann, Petra Merkel (Berlin), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/5111 –

Populäre Musik als wichtigen Bestandteil des kulturellen Lebens stärken

A. Problem

Neben der klassischen Musik, für die Deutschland weltweit bekannt ist, darf nach Auffassung der Antragstellerinnen und Antragsteller die vitale und qualitativ hochwertige zeitgenössische populäre Musik nicht aus dem Blickwinkel geraten. Rock-, Pop- und Jazzmusik sowie verwandte Genres gehörten zum zentralen Bereich der Kulturwirtschaft. Ungeachtet dessen, dass die Musikförderung vor allem in den Verantwortungsbereich von Ländern und Kommunen gehört, soll der Bund innerhalb seiner Möglichkeiten zur Förderung der populären Musik beitragen. Die Bundesregierung wird daher unter anderem aufgefordert, die Förderstrukturen zu systematisieren, private Mittel ergänzend zur staatlichen Förderung einzuwerben und sich bei den Rundfunkanstalten für angemessene Plattformen einzusetzen. Ein Spielstättenpreis soll ausgelobt und musikpädagogische Modellprojekte sollen in die Förderung einbezogen werden.

B. Lösung

Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Ablehnung

D. Kosten

Für die Finanzierung der „Initiative Musik“ ist im Haushalt (Einzelplan 04) je 1 Mio. Euro für 2007 und 2008 eingestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/5111 anzunehmen.

Berlin, den 19. September 2007

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Vorsitzender und Berichterstatter

Dr. Günter Krings
Berichterstatter

Monika Griefahn
Berichterstatterin

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Katrin Göring-Eckardt
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Günter Krings, Monika Griefahn, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Lukrezia Jochimsen und Katrin Göring-Eckardt

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/5111** in seiner 94. Sitzung am 26. April 2007 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Als zentraler Bereich der Kulturwirtschaft verdient die populäre Musik nach Auffassung der Fraktionen der CDU/CSU und SPD mehr Föderung. Daher setzen sie sich dafür ein, existierende Föderinstrumente stärker zu systematisieren und zu koordinieren sowie bereitgestellte öffentliche Finanzmittel so in Strukturen einzubringen, dass die Ergänzung durch private Mittel möglich ist und solche privaten Mittel aktiv eingeworben werden können. Die Bundesregierung soll die Rundfunkanstalten anregen, für Rock, Pop und Jazz Plattformen zur Verfügung zu stellen, die es Künstlerinnen und Künstlern ermöglichen, einem größeren Publikum bekannt zu werden. Von einem Spielstättenpreis erwarten die antragstellenden Fraktionen Hilfestellung für die improvisierende Musik; musikpädagogische Projekte sollen bei der Integration von Jugendlichen in die Gesellschaft helfen. Die Initiative Musik, mit der die populäre Musik seit 2007 vom Bund gefördert wird, soll die Bundesregierung spätestens in zwei Jahren evaluieren.

Die Fraktionen schätzen die deutsche zeitgenössische populäre Musik in ihrer Vitalität und Qualität genauso hoch ein wie die klassische Musik und stellen klar, dass deutscher Rock, Pop, Jazz und verwandte Genres den internationalen Vergleich nicht zu scheuen bräuchten. Damit die Kreativen ihr Potenzial in diesem Sektor ausschöpfen und zugunsten der gesamten Wirtschaft und Gesellschaft einbringen können, seien jedoch verbesserte Rahmenbedingungen erforderlich. Auch wenn es vornehmlich Sache der Länder und Kommunen sei, Musik zu fördern, könne der Bund flankierend handeln und die populäre Musik stärker als bisher unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** empfahl in seiner Sitzung am 19. September 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der FDP.

Der **Innenausschuss** empfahl in seiner Sitzung am 19. September 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Rechtsausschuss** empfahl in seiner Sitzung am 19. September 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Finanzausschuss** empfahl in seiner Sitzung am 19. September 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Haushaltsausschuss** empfahl in seiner Sitzung am 19. September 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** empfahl in seiner Sitzung am 19. September 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** empfahl in seiner Sitzung am 19. September 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfahl in seiner Sitzung am 19. September 2007 Annahme mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss für Kultur und Medien

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag in seiner Sitzung am 19. September 2007 beraten und Annahme empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Der Ausschuss ließ sich zunächst vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, über die „Initiative Musik“ informieren. Der Staatsminister wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass eine Reihe von Forderungen, die in der Vorlage erhoben würden, von der Regierung bereits berücksichtigt seien. Er verstehe den Antrag daher als Unterstützung für seine Politik. Jährlich werde das Projekt mit 1 Mio. Euro aus seinem Budget sowie 300 000 Euro aus der Wirtschaft finanziert.

Die **Fraktion der CDU/CSU** unterstrich, dass der Staatsminister mit seinem Engagement dazu beitrage, der populären Musik einen größeren Stellenwert in der Gesellschaft zu verschaffen. Bisher kämen 80 Prozent der staatlichen Mu-

sikförderung der Klassik zugute. Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD verträten jedoch den Standpunkt, die populäre Musik sei ebenfalls ein wichtiger Bestandteil des kulturellen Lebens. Die neue Förderung über die „Initiative Musik“, die nun jährlich gewährt werde, komme 150 000 Kreativen im Land zugute; Interpreten, Komponisten und Textdichter würden von der Politik ermutigt, ihre Arbeit fortzusetzen. In der Branche gehe es um einen Umsatz von 14,5 Mrd. Euro im Jahr; der deutsche Musikmarkt sei der viertgrößte der Welt. Soweit es noch Defizite gebe, etwa im Hinblick auf Spielstätten oder die Rundfunkformate, sei es richtig, Abhilfe zu leisten. Insofern trage die Förderung der populären Musik dazu bei, dass die Rahmenbedingungen für die Kreativen in diesem Sektor als ausreichend großes „Spielfeld“ wahrgenommen und genutzt werden könnten.

Die **Fraktion der SPD** äußerte sich ebenfalls grundsätzlich positiv zu dem eingeschlagenen Weg und regte an, ein stärkeres finanzielles Engagement der Wirtschaft einzuwerben. Außerdem schlug sie vor, in dem Gremium, das für die Vergabe von Förderungen zuständig sein wird, Mitglieder aus der Szene zu berücksichtigen.

Die **Fraktion der FDP** betonte, auch aus ihrer Sicht sei die Kulturwirtschaft ein wichtiges Betätigungsfeld für die Bundesregierung. Allgemein brauche die Popmusik zwar keine Förderung, da sie bereits über erhebliche Breitenwirkung speziell bei Jugendlichen verfüge, aber es sei klug, für deutsche Musikschaffende Rahmenbedingungen zu schaffen, die es diesen ermöglichten, auch international erfolgreich zu sein. Deshalb begrüße die Fraktion die „Initiative Musik“ grundsätzlich, ohne allerdings über deren Geburtsfehler hinwegsehen zu können. In einem undurchsichtigen Verfahren seien Mittel bei der Bundeskulturstiftung abgezogen worden, um die neue Initiative zu finanzieren. Bis heute sei nicht bekannt, unter welchen Bedingungen diese Mittel konkret ausgegeben würden. Außerdem bestehe eine finanzielle Unausgewogenheit, wenn die Wirtschaft sich nur mit 300 000 Euro engagiere.

Die **Fraktion DIE LINKE.** hob hervor, dass die Opposition sich natürlich nicht gegen die Förderung populärer Musik stellen könne. Allerdings dürfe das Wie nicht aus dem Blick geraten. Die Fraktion unterstrich ebenfalls die Diskrepanz zwischen dem Engagement des Bundes und der Wirtschaft und kritisierte den Rückgriff auf das Budget der Bundeskulturstiftung. Der Bundeskulturstiftung fehlten damit Mittel, die etwa für andere Projekte nutzbringend eingesetzt werden könnten. Deshalb sei nicht das Ob, sondern das Wie problematisch. Vorbilder aus Nachbarländern zeigten im Übrigen, dass vor allem die regionale Infrastruktur wichtig sei, die es jungen Leuten ermöglichen müsse, ihre Musik zu machen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** schloss sich in den wesentlichen Punkten der Kritik der beiden anderen Oppositionsfraktionen an, um ihre Stimmenthaltung zu begründen. Vor allem die Finanzierung und die Art des Einsatzes seien wenig überzeugend.

Berlin, den 19. September 2007

Dr. Günter Krings
Berichterstatter

Monika Griefahn
Berichterstatterin

Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Berichterstatter

Dr. Lukrezia Jochimsen
Berichterstatterin

Katrin Göring-Eckardt
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333